

19.3265

Motion Streiff-Feller Marianne. Ressourcen für einen effektiven Kampf gegen den Menschenhandel

Motion Streiff-Feller Marianne. Ressources pour lutter efficacement contre la traite des êtres humains

Nationalrat/Conseil national 09.12.20

Streiff-Feller Marianne (M-CEB, BE): In meiner Motion verlange ich mehr Ressourcen für einen effektiven Kampf gegen den Menschenhandel. Laut Antwort des Bundesrates stellt der Bund zwar angeblich genügend Mittel zur Bekämpfung von Menschenhandel zur Verfügung. Es mag zutreffen, dass der Bund die Kantone bereits heute auf verschiedene Weise in der Strafverfolgung unterstützt. Nur leider löst diese meist koordinierende oder analytische Unterstützung das Kernproblem der mangelnden finanziellen Ressourcen und des fehlenden Spezial-Know-hows in den Kantonen mitnichten. Im Gegenteil: Wenn das Fedpol mit Ermittlungseinsätzen und Unterstützung kommt, bedeutet das für die Kantone meist Mehrarbeit, und sie wissen nicht, wer diese Mehrarbeit leisten soll. Entsprechend reserviert reagieren sie oft auf die angebotene Hilfe.

Ein Staatsanwalt eines kleinen oder mittleren Kantons kann pro Jahr maximal einen mittelgrossen Fall von Arbeitsausbeutung aufnehmen, obwohl ihm mitunter weitaus mehr Baustellen bekannt sind, bei denen man wahrscheinlich erfolgreich eine Kontrolle durchführen könnte. Es braucht hier aufseiten der Polizei und der Staatsanwaltschaft Spezialistinnen und Spezialisten, die wirklich die Kapazitäten haben, sich der Bekämpfung von Menschenhandel und Ausbeutung zu widmen, und die nicht noch hundert andere Aufgaben zu bewältigen haben. Die vom Bund zur Verhütung von Straftaten zur Verfügung gestellten Mittel finanzieren durchaus sinnvolle Sensibilisierungskampagnen der NGO. Sie fliessen jedoch kaum in die Ermittlungskapazitäten der Strafverfolgungsbehörden. Dieses Argument des Bundesrates, die Motion abzulehnen, greift deshalb ins Leere.

Es bleibt noch der zweite Grund, die föderale Kompetenzordnung: Wer zuständig ist, muss die notwendigen Ressourcen selbst bereitstellen. Das ist verfassungsrechtlich korrekt, löst aber das Problem der extrem komplexen und hochspezialisierten Bekämpfung des global agierenden Menschenhandels nicht. Die föderale Kompetenz soll den Bundesrat aber nicht daran hindern, tätig werden zu können.

Ich bin sicher, dass sich hier Lösungen finden lassen, und ich bitte Sie, die Motion zu unterstützen.

Keller-Sutter Karin, Bundesrätin: Ich möchte betonen: Für den Bundesrat ist die Bekämpfung des Menschenhandels ein wichtiges Anliegen, und er unterstützt die Strategie und Umsetzung der zahlreichen Massnahmen, welche im Nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel 2017–2020 enthalten und beschrieben sind.

Die Motion erkennt richtig, dass die Zuständigkeit für die Strafverfolgung des Menschenhandels bei den Kantonen liegt. Die Kantone bestimmen autonom, wie sie sich für die Erfüllung dieser Aufgabe organisieren, welche Ressourcen sie dafür einsetzen und welche Prioritäten sie bei der Bekämpfung von Menschenhandel setzen. Der Bund leistet auch Finanzhilfen, nicht nur personelle Hilfen; er unterstützt verschiedene Arbeiten der Kantone, leistet aber auch jährlich 400 000 Franken für Präventionsprojekte gegen Menschenhandel in den Kantonen.

Es muss aber berücksichtigt werden, dass es in der Natur unseres föderalen Systems liegt, dass die Kantone zunächst versuchen, sich untereinander zu helfen. Es ist nicht zielfüh-

rend, wenn den Kantonen mit der Annahme der Motion zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt würden, ohne dass sie vorher einen konkreten Unterstützungsbedarf geäussert oder auch beim Bund überhaupt Mittel beantragt hätten. Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen in der Bekämpfung von Menschenhandel findet bereits heute auf vielfältige, konstruktive Art und Weise statt und wird laufend verbessert. Der eingangs erwähnte Nationale Aktionsplan gegen Menschenhandel wird in der ersten Hälfte 2021 evaluiert, und das gibt dann auch Möglichkeiten, noch einmal die Effektivität der Bekämpfung des Menschenhandels zu beurteilen.

Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 19.3265/21977)

Für Annahme der Motion ... 108 Stimmen

Dagegen ... 76 Stimmen

(2 Enthaltungen)

19.3291

Postulat Glanzmann-Hunkeler Ida. Dialog über die zentralen Werte unserer Gesellschaft

Postulat Glanzmann-Hunkeler Ida. Dialogue sur les valeurs essentielles de notre société

Nationalrat/Conseil national 09.12.20

Glanzmann-Hunkeler Ida (M-CEB, LU): In den letzten Wochen und Monaten haben wir alle erlebt, dass Dialoge und politische Diskussionen immer weniger konstruktiv und sehr oft sehr emotional und sehr einseitig geführt werden. Selten war es mir so bewusst, dass es viele Leute in unserer Gesellschaft gibt, die nicht mehr den Dialog suchen, sondern ziemlich diktatorisch ihre Meinung kundtun. Und was mich sehr befremdete: Wenn man sich auf eine Antwort eingelassen hat, wurde man meistens mit einer schlechten Antwort bedient oder als schlecht beschimpft. Es gibt bei dieser Politik, wie sie da gepflegt wird, nur Schwarz und Weiss, Gut und Böse. Ich habe den Eindruck erhalten, dass sehr viele Leute nicht mehr politisieren und einander zuhören können.

Ich fordere mit meinem Postulat vom Bundesrat einen Bericht, der uns vorschlagen könnte, wie eine geeignete Plattform für einen konstruktiven Dialog über die zentralen Werte unserer Gesellschaft aussehen und gestaltet werden könnte. Der Bundesrat schreibt, dies würde heute vielfältig gemacht. Ich bin nicht mehr so überzeugt, dass dies auf allen Ebenen stattfindet und ob wirklich eine Sensibilisierung für das Politisieren heute noch geschieht. Es gibt auch Gruppierungen, die sich nicht mehr an den Diskussionen beteiligen und zum Teil ausgeschlossen sind, weil sie nicht in das Schema passen oder weil sie vielleicht auch radikal sind. Die Werte der Schweiz sollten für uns alle so wichtig sein, dass man bereit sein sollte, sich mit allen Gruppierungen und allen Menschen an einen Tisch zu setzen.

Ich würde es begrüssen, wenn sich der Bundesrat infolge dieses Postulates Gedanken macht, wie man dies in der Schweiz, nicht nur in der Schule, in der Kirche und in den Vereinen, sondern wirklich mit all den verschiedenen Gruppierungen, die wir kennen, auf eine konstruktive Art angehen könnte. Nur schon der gegenseitige Respekt und der Umgang untereinander könnten mit einer solchen Plattform gefördert werden; sie könnte zudem ein Ort sein, an dem man wieder politisieren kann und an dem man sich vor allem über die Werte unserer Gesellschaft austauschen könnte.